

Frage 1:

Der ADFC fordert für die kommende Wahlperiode mindestens 50 Mio. EUR pro Jahr aus Landesmitteln für die Förderung des Radverkehrs zur Verfügung zu stellen. Stimmen Sie dieser Forderung zu oder wie hoch sollen Ihrer Meinung nach die Landesmittel für den Radverkehr pro Jahr angesetzt werden?

Antworten der Parteien:

AFD:

keine Antwort

Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen, dass Brandenburg mindestens ein Drittel des bisherigen Landesstraßenbauetats für Radinfrastruktur bereitstellt und die personellen Voraussetzungen für die Umsetzung der Projekte schafft. Mit jährlich mindestens 20 Euro pro Einwohner*in entspricht das ca. 50 Millionen Euro im Jahr. Zudem braucht es ein regelmäßiges Monitoring, um den Sanierungs- und Ausbaubedarf transparent zu machen. Ziel muss es sein, mit den Mitteln Lücken zu schließen und neue Verbindungen zu schaffen. Zudem sollen Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen sollen bei den Kosten für die Baumaßnahmen entlastet werden und künftig die Finanzierung des Radverkehrs nur zu zehn Prozent selbst tragen, die restlichen 90 Prozent der Baulast sollen beim Land liegen.

CDU:

Als CDU setzen wir uns dafür ein, das Fahrradland Brandenburg durch eine Vielzahl an Maßnahmen weiterzuentwickeln. Neben flankierenden Maßnahmen wie einer Verbesserung der Fahrradmitnahme im ÖPNV sowie einer grundsätzlichen Berücksichtigung der Belange von Radfahrerinnen und Radfahrern beim Planen und Bauen jeglicher Verkehrsinfrastruktur, gehören dazu auch stärkere Investitionen in unsere Radwege. Die Investitionen müssen auf ein Niveau gebracht werden, welches es ermöglicht, zeitnah die Lücken der Radwege an Landesstraßen zu schließen. Im Durchschnitt transportieren PKW nur 1,4 Menschen pro Fahrt, brauchen dafür aber die meiste Fläche pro Fahrgast und belasten unsere Straßen um ein Vielfaches. Vor diesem Hintergrund müssen wir insbesondere in unseren Städten eine Neuaufteilung des begrenzten öffentlichen Raums in Angriff nehmen. Weiterhin wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, Radwege in kommunaler Trägerschaft deutlich stärker als bisher zu erweitern und zu sanieren. Denn neben den Mitteln für den Neubau von Radwegen sind es vor allem die Ausgaben für Erhalt und Sanierung von Radwegen an Landesstraßen, die uns große Sorgen bereiten. Die von der Landesregierung investierten 0,3 Mio. € im letzten Jahr oder 0,5 Mio. € in diesem Jahr sind viel zu wenig, um die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Dieser Substanzverlust der Radwegeinfrastruktur muss gestoppt werden. Auch der konzeptionelle Überbau im Sinne einer koordinierten Herangehensweise des Landes ist derzeit kaum vorhanden. Die Radverkehrsstrategie 2030 der Landesregierung ist, ähnlich wie die Mobilitätsstrategie 2030, nicht ambitioniert genug. Eine grundlegende Überarbeitung gemeinsam mit Verbänden und Vertretern aus der kommunalen Praxis ist unbedingt notwendig. Als CDU setzen wir uns insgesamt für eine gleichberechtigte und faire Behandlung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer ein. Brandenburg bietet hervorragende Voraussetzungen für Radfahrer. Durch eine stärkere Unterstützung des Landes können Sicherheit, Komfort und Qualität der zu Grunde liegenden Infrastruktur erheblich verbessert werden.

Die Linke:

Gemessen an den Notwendigkeiten für mehr nachhaltige Politik wäre dieses Summe nicht zu hoch. Allerdings sollten die vorhandenen finanziellen Mittel in Ausgewogenheit mit dem Schienenverkehr und dessen weiteren Ausbau geplant werden. Klar ist, dass sich die Investitionen in den Radverkehr erhöhen müssen, um das Radwegenetz insgesamt auszubauen und weitere Lückenschlüssen zu realisieren.

FDP:

Der Finanzierungsbedarf zur Förderung des Radverkehrs wie z.B. für Maßnahmen der Infrastrukturschaffung muss in Kooperation mit Experten ermittelt werden – dabei sind auch die Vorstellungen der Verbände einzubeziehen.

Freie Wähler:

Wir planen eine Erhöhung der Landesmittel für den Ausbau und Erhalt der Radwege im Land Brandenburg. Unsere Zielgröße beträgt jedoch 20 Millionen Euro im Jahr, was in etwa einer Vervielfachung der derzeit geplanten Mittel entspricht.

SPD:

Brandenburg verfügt über eine umfassende und qualitativ gute Radwegeinfrastruktur. 80% der Radwege- an Bundes- und Landesstraßen sind in gutem Zustand. Bei 20% gibt es Handlungsbedarf. Für die Erhaltung dieses Netzes ist Vorsorge getroffen worden: in den vergangenen Jahren wurden die Haushaltsmittel für straßenbegleitende Radwege auf mittlerweile 11 Mio. € p.a. kontinuierlich erhöht. Für das touristische Wegenetz hat das Wirtschaftsministerium ein 40-Millionen-Programm aufgelegt hat, das von den Landkreisen aktiv genutzt wird, um Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen.

Der Bau und die Erhaltung von touristischen und straßenbegleitenden Radwegen wird bedarfsgerecht fortgeführt. Wir werden in Zukunft 100 Mio. Euro pro Jahr in Straßen und Radwege investieren. Daraus folgt auch ein stetig wachsendes Investitionsvolumen für den Radwegebau.

Gemeinsam mit Berlin und den Kommunen wollen wir Radschnellwege zwischen Berlin und dem Berliner Umland schaffen. An den Bahnhöfen unterstützen wir die Bahn und die Kommunen beim Bau von sicheren Radabstellanlagen und Fahrradparkhäusern.